

71 7/8

Brokdorf: Klaus Matthiesen\* warnt vor der Großen Koalition des Schweigens

Th	D	I	II	A	Le	X
----	---	---	----	---	----	---

## »Ich bin dazu nicht bereit«

Im Mai wurde – wieder einmal – aus einem Saulus eine Paulus. Hatte sich vor der Landtagswahl 1979 der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg zu dem geplanten Kernkraftwerk Brokdorf für nicht zuständig erklärt, so verkündete er nun nach Kabinettsbeschluß, die Landesregierung werde nach der atomrechtlich notwendigen Prüfung des Antrags auf eine zweite Teilerichtungs-genehmigung durch das Bundesinnenministerium den Betreibern von Brokdorf, NWK und HEW, grünes Licht geben.

Der Wandel kam nicht von ungefähr. Presseerklärungen des Hamburger Bürgermeisters Klose und Parteitagebeschlüsse der Hamburger SPD ließen erkennen, daß der „Bauherr“ Hamburg bereit sein könnte, sich durch Senatsbeschluß aus dem Projekt Brokdorf zurückzuziehen.

Dafür gab und gibt es gute Gründe: Der erste und für Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung zumindest gewichtigste war: Der Berliner Parteitagebeschuß der SPD zum Thema Energie hatte der Nutzung der Kohle Priorität eingeräumt. Die Option, auf Kernenergie zu verzichten, sollte geöffnet, die Option, Kernenergie zur Stromerzeugung zu nutzen, industriepolitisch nicht verbaut werden. Mit dem Projekt Brokdorf wäre aber versorgungspolitisch bereits für die 90er Jahre die endgültige Entscheidung im norddeutschen Raum für die Option Kernenergie gefallen.

Ein weiterer Grund: Mit dem Kernkraftwerk Brunsbüttel, das, kurz nach der Inbetriebnahme am 18. Juni 1978 stillgelegt, erst in diesem Monat wieder seinen Betrieb aufnehmen konnte, und dem 1983 in Dienst zu stellenden Kernkraftwerk Krümmel zusammen wäre die Stromversorgung Hamburgs

fast zu zwei Drittel von der Kernenergie abhängig.

Außerdem kann mit einer Inbetriebnahme Brokdorfs realistisch erst nach 1990 gerechnet werden. Damit entfällt das Argument, Brokdorf diene der Versorgungssicherheit Mitte der 80er Jahre.

Bei insgesamt stagnierenden (HEW) oder gar dramatisch rückläufigen Stromzuwachsraten (NWK) erschien und erscheint also der Ausbau mittlerer Kohlekraftwerksblöcke auf überwiegend Importkohlebasis mit der Chance, die Hamburger Fernwärmeversorgung auszubauen, als eine sinnvolle und versorgungspolitisch notwendige Perspektive. So sinnvoll und notwendig, daß wohl auch Ministerpräsident Stoltenberg die Gefahr heraufziehen sah, Bürgermeister Klose würde seine Senatskollegen für den Rückzug Hamburgs aus dem Projekt Brokdorf gewinnen können.

### Konzertierte Aktion zeigt Wirkung

Schnelle Hilfe tat not. Denn auch die Betreiber waren verunsichert. Zu genau wußte man in den Vorstandsetagen, daß bei einem möglichen Regierungswechsel 1983 in Kiel es für den Weiterbau von Brokdorf nur Schwierigkeiten geben würde. So drängte man eher auf eine rasche grundsätzliche Entscheidung.

Stoltenberg fand schnell seine Verbündeten. Es fügte sich gut, daß der Aufsichtsratsvorsitzende der NWK, von Bennigsen, zugleich auch Aufsichtsratsvorsitzender der Mutter der NWK, der Preußischen Elektrizitätswerke Hannover, PREAG, ist, die wiederum der VEBA gehört, einem Konzern in Kleinaktionärs- bzw. zu 43 Prozent in Bun-

desbesitz: Vorstandsvorsitzender Rudolf von Bennigsen. Er gewann die PREAG dafür, der bedrängten Tochter NWK für den Fall des Ausstiegs der HEW aus Brokdorf zur Seite zu stehen, um so das Projekt Brokdorf auf alle Fälle voranzutreiben. In Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff besaß er schon länger einen Verbündeten. Damals, übrigens noch im Gegensatz zu seinen schleswig-holsteinischen FDP-Parteifreunden.

Bennigsen unterband zudem im Bereich der NWK alle weiteren vorbereitenden Planungen für Kohleprojekte mit dem Hinweis darauf, daß jetzt erst Brokdorf durchgezogen werden müsse, weil es sonst überflüssig würde. Stoltenberg konnte daraufhin der stauenden Öffentlichkeit sagen, daß ihm Anträge zur Genehmigung von Kohlekraftwerken nicht vorlägen, er sie also auch nicht genehmigen könne. Außerdem ließ er über seinen Wirtschaftsminister Westphal und dessen niedersächsischen CDU-Kollegen Breuel wis-



sen, Hamburg würde für den Fall des Ausstiegs aus Brokdorf weder auf schleswig-holsteinischem noch auf niedersächsischem Gebiet Standorte für Kohlekraftwerke genehmigt bekommen. Zuvor hatte er sich noch schriftlich vom Bundeskanzler bestätigen lassen, „daß auch der Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf mit der energiepolitischen Zielsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung in Einklang steht“.

Die Gründe für die Haltung der bundesbestimmten kernenergiepolitischen Nothelfer für die NWK wurden deutlich, als von Benning im November eine Energieprognose für das Jahr 2000 für die Bundesrepublik mit einer Verfünfachung der heutigen Kernkraftkapazität stellte, bei jetzt zehn in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken exakt je zwei neue pro Jahr: merkwürdig, wie diese Prognose mit der Forderung der Mülheimer Kraftwerksunion (KWU) als Reaktorbauer übereinstimmte, jährlich müsse unternehmenspolitisch der Bau von zwei Kernkraftwerken gesichert sein. Eine Forderung, die sich – dem Vernehmen nach – auch Lambsdorff in den vorbereitenden Koalitionsgesprächen zu eigen gemacht hatte.

Die konzertierte Aktion zeigte Wirkung. Der Hamburger Senat vertagte seine ursprünglich für November anberaumte Entscheidung. Ein Parteitag im Januar/Februar soll ihm erneut eine Entscheidungshilfe geben. Die Hamburger FDP blieb allerdings bei ihrem klaren Nein zu Brokdorf.

Die FDP-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein hingegen ließ wissen, daß, wenn der Bedarf für Brokdorf nachweisbar wäre, sie Ja zu Brokdorf sagen würde. Eine sicherlich nicht nur energiepolitische, sondern auch koalitionspolitisch bedeutsame Aussage für die Landtagswahl 1983. Ein ebenfalls auf den Januar einberufener Sonderparteitag der FDP Schleswig-Holsteins soll nun zwischen energiepolitischer Neuorientierung gemäß alter Beschlußlage oder möglicherweise auch koalitionspolitischer Neuorientierung entscheiden.

### Es bleibt beim Nein der SPD

Die Bundesregierung selbst, so scheint es, kann sich in Schweigen hüllen: Entscheidungen von Unternehmen mit bestimmendem Einfluß des Bundes sind „ausschließlich unternehmerische Entscheidungen“. Eben.

Allein die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten blieben bislang bei ihrem eindeutigen Nein zu Brokdorf. Mit einem Landesgesetz zur Energiesicherung haben sie zudem konkret die Wege beschrieben, die regional möglich sind, um nicht in den massiven Ausbau der Kernenergie einsteigen zu müssen. Denn darum geht es.

Es geht um die stillschweigende Allparteienkoalition in den Wiedereinstieg in die Kernenergie. Kraftwerksbauer, große Energieversorger und „verantwortliche“ Politiker halten nach angeblichem Erlahmen der Anti-Kernkraft-Bewegung ihre Stunde für gekommen:

● Die Kernkraftwerksbauer, weil sie – ver-

ständlicherweise – ihre Unternehmenszukunft sichern wollen.

● Die großen Energieversorgungsunternehmen, weil sie bei steigenden Ölpreisen ihre Marktchance für den drastischen Mehrverkauf von Strom zu Heizzwecken wittern.

● Politiker, die schon immer der Meinung waren, daß ohne den Ausbau der Kernenergie die sozial- und gesellschaftspolitischen Probleme des Landes nicht zu lösen sind.

Und Brokdorf ist dafür die Wendemarke. Denn Brokdorf ist ja nicht irgendein Kernkraftwerk. Brokdorf ist für die einen fast ein nationales Symbol für den Widerstand gegen diese Großtechnologie. Für die anderen soll Brokdorf der Beginn für den endgültigen Weg in die Kernenergie werden.

Können sich Sozialdemokraten guten Gewissens zum Helfer derjenigen machen, denen ein breiter energie- und gesellschaftspolitischer Konsens schnuppe ist? Sind industriepolitische Interessen etwa wichtiger?

### Koalition der doppelten Moral

Der Berliner Parteitag geht wie die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages von den in den 80er Jahren offenzuhaltenden Optionen aus, und plädiert für eine Politik, „die als rationale und faire Vermittlung beider Wege angelegt ist und deshalb auch von Befürwortern beider Wege mitgetragen werden kann“. Parteitag und Kommission machen darüber hinaus konkrete Vorgaben.

● Zum Beispiel für die Priorität Kohle. Ich frage deshalb Sozialdemokraten in Norddeutschland: Was haben wir beim Ausbau zukünftiger Kraftwerkskapazität für diese Priorität getan?

● Zum Beispiel politisch auf Energieversorgungsunternehmen zugunsten einer von uns gestalteten Energiepolitik Einfluß zu nehmen. Ich frage die Sozialdemokraten in der Bundesregierung: Warum nehmen sie ihren Einfluß auf vom Bund beherrschte Unternehmen nicht wahr? Oder haben sie ihn doch wahrgenommen?

● Zum Beispiel wird die Erteilung weiterer Betriebsgenehmigungen von Kernkraftwerken an die Lösung der Entsorgungsfrage geknüpft? Ich frage alle dafür Verantwortlichen: Ist die Einschätzung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Jochimsen, daß wir von einer solchen Lösung technisch eher weiter entfernt als ihr nahe sind, nicht richtig? Wer verantwortet dann eigentlich in bezug auf 1990 die weitere Produktion von atomarem Müll?

Wo sind die Anstrengungen geblieben, alle die konkreten Punkte zum Energiesparen, zur Neugestaltung der Stromtarife, zur Einsparung von Benzin usw. umzusetzen, die Voraussetzung waren für ein Ja zur Energierestbedarfsdeckung durch Kernenergie.

An Brokdorf, jedenfalls nach dem Willen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten, wird die Koalition der doppelten Moral in der Energiepolitik scheitern. Eine Arbeitstei-

lung zwischen Sozialdemokraten, wo sich die einen um einen machbaren Konsens zwischen Kernenergieskeptikern und -befürwortern bemühen und den anderen, die möglichst den einseitigen industriepolitischen Interessen nachgeben wollen, wird am Beispiel Brokdorf nicht funktionieren.

Der Preis ist die Glaubwürdigkeit der Partei SPD. Ich bin nicht bereit, diesen Preis zu zahlen.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt: „Man dürfe die Kernenergie dem Volke nicht einfach überstülpen.“ Richtig: Dann darf man sie aber auch nicht in einer Allparteienkoalition auf leisen Sohlen herbeiführen.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten in Hamburg und Schleswig-Holstein haben noch die Möglichkeit, sich zumindest dieser Form von Politik zu verweigern.

Was die energiepolitische Glaubwürdigkeit der SPD und den Gewinn junger Menschen für eine vermittelbare reformerische Politik angeht, haben viele Sozialdemokraten in Bonn, Hamburg, Kiel und anderswo jetzt eine Bewährungsprobe zu bestehen. In diesem Sinne ist Mut zur Zukunft gefragt.

\* Der Autor ist Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag und Mitglied des SPD-Parteivorstands.